

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 38/007/2022

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 02.06.2022

Zu Punkt 5: Zukünftige Entwicklung des Zivil- und Katastrophenschutzes

Herr Schams berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation, die im Vorfeld der Sitzung den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde, über die zukünftige Entwicklung des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Ergänzend zur Präsentation teilt er mit, dass die 100 Milliarden Euro Sondervermögen, die für die Bundeswehr durch den Bundestag genehmigt wurden, für Ausgaben der militärischen Verteidigung geplant seien und nicht in die zivile Verteidigung fließen würde.

Frau KA Gafori bedankt sich für die informative Präsentation und hebt positiv hervor, dass die Diskussion im letzten Ausschuss mit dieser Präsentation nochmals aufgegriffen worden sei. Sie fragt nach, wieso letztes Jahr dem Ausschuss mitgeteilt worden sei, dass keine weiteren finanziellen Mittel für den zivilen Bevölkerungsschutz benötigt werden und in der Präsentation nun davon gesprochen werde, dass finanzielle Unterstützung notwendig sei um die Leistungsfähigkeit zu gewährleisten.

Herr Schams teilt mit, dass sich die Verwaltung in der Zukunft umfangreicheren Verantwortungen stellen müsse. Aktuell sei nicht abzuschätzen, in welchem Umfang dies der Fall sein werde. Sobald es hierzu Feststellungen gebe und bekannt sei, welche Fördermittel von Bund und Land möglicherweise zur Verfügung gestellt werden, werde dem Ausschuss eine entsprechende Kostenplanung vorgelegt.

Im Weiteren teilt Frau KA Gafori mit, dass Sie es als positiv aufgenommen habe, dass im Bericht auch Schwachstellen wie z. B. beim Digitalfunk aufgeführt wurden. Sie fände es gut, wenn auch zukünftig eine offene Diskussion hierüber in diesem Ausschuss geführt werden würde.

Herr Schams geht hierauf kurz ein und teilt mit, dass der Digitalfunk grundsätzlich ein sicheres System sei. Bei der Unwetterkatastrophe habe sich jedoch herausgestellt, dass z. B. durch den Zusammenbruch von Brücken der Digitalfunk teilweise gestört wurde. Daher wird es begrüßt, wenn der Bund die Betriebssicherheit des Digitalfunks weiter ausbaue.

Herr KA Brixius weist daraufhin, dass bei einer länger ausfallenden Stromversorgung, die folglich auch eine ausfallende Trinkwasser- und Abwasserversorgung zur Folge habe, eine Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung eintreten könne.

Herr Hanheide teilt mit, dass man sich auf solche Ausfälle nur bis zu einem gewissen Grad vorbereiten könne. Das Thema sei allgemein bekannt. Ein länger andauernder Stromausfall könne darüber hinaus die Infrastruktur gefährden, so könnten beispielsweise keine Tankstellen mehr betrieben werden.

Im Weiteren berichtet Herr Hanheide, dass Aspekte wie das Vorhalten von Schutzräumen und Verpflegung in den letzten Jahren und Jahrzehnten politisch nicht relevant gewesen seien. Wegen des Krieges in der Ukraine dürfte dies in den nächsten Jahren jedoch voraussichtlich wieder im Fokus stehen.

Auf Nachfrage von Frau KA Dr. Aßmann teilt Herr Schams mit, dass das Sirennennetz im Kreis Mettmann gut ausgebaut sei, da bereits im Jahr 2015 mit den Planungen dazu begonnen wurde. Man habe sich zudem im Kreis Mettmann für ein gemeinsames System entschieden, welches auch eine Anbindung an die Leitstelle habe. Für den Ausbau des Sirennetzes wurden zudem Fördermittel von Bund und Land bereitgestellt.

Frau KA Dr. Günther führt aus, dass die Feuerwehren im Kreis Mettmann unterschiedlich aufgestellt und ausgestattet seien. Sie erkundigt sich, ob diese miteinander vernetzt sind und sich gegenseitig unterstützen.

Herr Schams berichtet, dass im Rahmen der kommunalen Brandschutzbedarfsplanung, bei der der Kreis beteiligt ist, die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr an den tatsächlich vorhandenen Risiken ausgerichtet wird. Kleinere und/oder finanzschwächere Städte stützen sich im Rahmen der Planungen auf die Leistungsfähigkeit der größeren und/oder finanzstärkeren Städte, welche auf der Grundlage von Kreiskonzepten, zum Beispiel bei Einsätzen mit Gefahrstoffen, überörtliche Hilfe im Fall einer Anforderung leisten. Es herrsche ein gutes Miteinander unter den Feuerwehren, welches auch zu einer ressourcenschonenden Beschaffung führe, da nicht in jeder Stadt entsprechendes Sondergerät vorgehalten werden muss.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.